

Sachinformationen

Thematischer und inhaltlicher Überblick der Räume und Exponate der virtuellen Ausstellung

RAUM I: Krisenjahr und Währungsreform 1923

Der Erste Weltkrieg wurde von 1914 bis 1918 geführt. Millionen von Menschen weltweit verloren durch den Krieg ihr Leben. Das Deutsche Reich war an diesem Krieg maßgeblich beteiligt. Die Kriegsführung war sehr teuer. Deshalb beschaffte sich die deutsche Regierung Geld durch Kredite, die sie bei ihrer eigenen Zentralbank, der Reichsbank, aufnahm. Die Zentralbank druckte dafür das benötigte Geld. Außerdem bot das Deutsche Reich Kriegsanleihen zum Kauf an. Das bedeutete, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Ersparnisse dem Staat leihen konnten. Die Bevölkerung gab der Reichsregierung also Kredite, um den Krieg zu finanzieren. Das Geld, das die Reichsregierung durch Kriegsanleihen erhielt, setzte sie wiederum zur Finanzierung der Reichsbankkredite ein. Insgesamt führte die Kriegsfinanzierung Deutschlands zu einer starken Ausweitung der Geldmenge. Hierdurch kam es zur Inflation, die Kaufkraft der Mark verfiel also.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Weimarer Republik gegründet, die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland. Der politische Neuanfang war durch die Folgekosten des Krieges erheblich belastet. Daher setzte der deutsche Staat die Verschuldungspolitik der Kriegszeit fort und die Kaufkraft der Mark nahm weiter ab.

Deutschland musste nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags hohe Reparationen in fremder Währung (Devisen) an die Siegermächte zahlen (Frankreich, Großbritannien, Italien und die USA, auch Alliierte genannt). Als Deutschland nach Ansicht der alliierten Mächte in Zahlungsverzug geriet, besetzten Anfang 1923 französische und belgische Soldaten das Ruhrgebiet. Daraufhin rief die deutsche Regierung die arbeitende Bevölkerung im Ruhrgebiet zum passiven Widerstand auf. Der sogenannte Ruhrkampf kostete zusätzlich viel Geld, darum ließ die Reichsregierung weitere Geldscheine drucken. Immer mehr und mehr Geld geriet in Umlauf, wodurch es im Verlauf des Jahres 1923 zu einer außer Kontrolle geratenen drastischen Geldentwertung (Hyperinflation) kam. Die Situation der Bevölkerung verschlechterte sich rapide. Waren und Dienstleistungen wurden immer teurer und die Gehälter und Löhne stiegen im Verhältnis nur langsam. Viele Bürgerinnen und Bürger verarmten und wandten sich enttäuscht vom Staat ab. Diese Entwicklung gab politisch links- und rechtsradikalen Gruppierungen Auftrieb.

Im August 1923 wurde Gustav Stresemann zum neuen Reichskanzler ernannt. Er beendete den Ruhrkampf und bereitete eine Währungsreform vor. Am 15. November 1923 wurde die Rentenmark als neue Währung eingeführt. Eine Rentenmark entsprach einer Billion Mark. Alle Menschen, die Ersparnisse zurückgelegt hatten, verloren durch die Währungsreform ihr gesamtes Geldvermögen. Der Staat dagegen profitierte enorm: Die gesamten Kriegsschulden Deutschlands beliefen sich nach Einführung der neuen Währung nur noch auf 0,154 Rentenmark. Die Pflicht, Reparationen gegenüber den Siegermächten in fremder Währung (Devisen) zu leisten, wurde durch die Währungsreform aber nicht verändert. Das stellte die Reichsregierung vor große finanzielle Probleme.

Exponat 1: Vom Ersten Weltkrieg in die Hyperinflation

Allein die erste Mobilisierungswoche zu Beginn des Ersten Weltkriegs kostete das Deutsche Reich 750 Millionen Mark. Die dauerhafte Versorgung der Soldaten mit Ausrüstung, Waffen und Munition während des Krieges finanzierte das Reich durch die Aufnahme von Schulden (Kredite und Kriegsanleihen). Dies führte zu einer Ausweitung der im Umlauf befindlichen Geldmenge. Während beispielsweise Großbritannien einen Großteil der Kriegskosten über Steuern finanzierte, gab es in Deutschland noch kein einheitliches Steuersystem, mit dem ein Teil der Kriegskosten hätte gedeckt werden können. In Deutschland rechnete man fest mit einem schnellen Sieg und plante, die Kriegsgegner für die Kosten der deutschen Kriegsführung bezahlen zu lassen. Doch es kam anders: Der Krieg dauerte vier Jahre, Deutschland verlor und musste sowohl für seine aufgenommenen Schulden als auch für Reparationen an die Alliierten aufkommen.

Exponat 2: Der Weg ins Krisenjahr 1923

Die Weimarer Republik als Demokratie musste sich schon in ihren Anfangsjahren gegen die Angriffe von extrem rechten und extrem linken Gruppierungen wehren. Es kam zu Putschversuchen und militärischen Aufständen innerhalb des Deutschen Reichs. Nach der Niederschlagung dieser Aufstände beruhigte sich die politische Situation. Die massiven finanziellen Probleme des Staates blieben aber bestehen. Die verantwortlichen Politiker mussten einen Weg finden, das Defizit im Staatshaushalt abzubauen. Dieses war durch die Kosten des Krieges sowie dessen Folgekosten und die zu leistenden Reparationen an die Siegermächte verursacht worden.

Unter Finanzminister Matthias Erzberger wurde eine Finanzreform durchgeführt, die ab 1919/1920 dem Deutschen Reich die Finanzhoheit übertrug. Damit konnte die Regierung Steuereinnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern verlangen. Mit der sogenannten Erzbergerschen Reform wurden das Steuerwesen und die Finanzverwaltung vereinheitlicht und eine Einkommenssteuer eingeführt. Außerdem wurde von allen Steuerpflichtigen ein „Reichsnotopfer“ erhoben. Die Steuereinnahmen des Deutschen Reichs stiegen so stark an, dass damit die laufenden Staatsausgaben zeitweilig gedeckt werden konnten.

Am 5. Mai 1921 legte die Reparationskommission der Siegermächte der deutschen Regierung das sogenannte Londoner Ultimatum vor, das die Zahlung von umgerechnet 132 Milliarden Goldmark verlangte. Die Reichsregierung trat zurück, weil sie das Ultimatum nicht annehmen wollte. Eine neue Regierung unter Reichskanzler Joseph Wirth nahm die Forderungen zwar an, jedoch nur, um zu beweisen, dass Deutschland diese nicht erfüllen konnte. Doch dieses Vorgehen lehnten vor allem rechte Gruppierungen ab. Der Hass der Republikfeinde ging so weit, dass Rechtsradikale am 26. August 1921 einen tödlichen Anschlag auf den ehemaligen Finanzminister Erzberger verübten. Am 24. Juni 1922 wurde auch Außenminister Walther Rathenau von Rechtsradikalen ermordet. Die Unruhen und besonders der Mord an Rathenau beschädigten international das Ansehen Deutschlands. Im Ausland bezweifelten Anleger jetzt, dass Deutschland seine wirtschaftlichen Probleme in den Griff bekommen würde, was zur Geldentwertung der Mark, d. h. zu einer verstärkten Inflation führte.

Exponat 3: Leben in der Hyperinflation des Jahres 1923

Schon ab Herbst 1922 hatte die Mark die drei Funktionen des Geldes weitgehend verloren. Sie war immer weniger als Recheneinheit, als Zahlungsmittel und als Wertaufbewahrungsmittel zu gebrauchen. Nur wer sich frühzeitig entschlossen hatte, sein erspartes Geld in ausländische Währung – vorzugsweise in US-Dollar – umzutauschen, konnte dies zu einem akzeptablen Kurs tun. Die Mark wurde bald als Zahlungsmittel nicht mehr akzeptiert. So weigerten sich unter anderem Landwirte, ihre Produkte gegen Zahlung in Mark zu verkaufen. Dies führte zu Versorgungsproblemen. Die Löhne und Gehälter wurden hingegen weiterhin in Mark ausgezahlt. Die Menschen waren also darauf angewiesen, mit diesem Geld ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, was jedoch immer schwieriger wurde.

Zwischen Sommer 1923 bis Mitte November 1923 nahm die Hyperinflation schwindelerregende Ausmaße an. Die Kaufkraft der Mark fiel ins Bodenlose. Die Reichsbank musste immer mehr Firmen mit dem Druck von Banknoten beauftragen, auf denen Zahlen mit immer mehr Nullen aufgedruckt waren. Die Geldscheine wurden in Wäschekörben transportiert. Da die Reichsbank und die beauftragten Firmen mit dem Druck von Banknoten nicht mehr nachkamen, mussten Städte, Gemeinden und Firmen Notgeld ausgeben.

Exponat 4: Die Währungsreform stabilisiert die wirtschaftliche Lage

Die neue Reichsregierung unter Reichskanzler Gustav Stresemann unternahm ab dem 13. August 1923 erste Schritte, die zur Währungsreform führten. Stresemann suchte die Verständigung mit den Alliierten und beendete den passiven Widerstand im Ruhrgebiet. Mitte Oktober errichtete die deutsche Regierung die Deutsche Rentenbank. Mit der Einführung der Rentenmark am 15. November 1923 gelang es schließlich, die Hyperinflation zu beenden. Eine Billion Mark entsprach einer Rentenmark.

Die Menschen vertrauten der neuen Währung, weil ihr Volumen strikt begrenzt war. Hinzu kam, dass ihr Wert durch eine Grundschuld abgesichert wurde. Diese Grundschuld wurde über den landwirtschaftlich und gewerblich genutzten Boden des Deutschen Reichs gedeckt.

Der Staat profitierte von der Währungsreform: Seine gesamten Kriegsschulden in Höhe von 154 Milliarden Mark beliefen sich nach der Währungsumstellung am 15. November 1923 auf gerade einmal 15,4 Pfennige der Rentenmark. Aber wichtige Fragen, wie z. B. der Umgang mit den in ausländischer Währung (Devisen) zu leistenden Reparationszahlungen, blieben zunächst ungeklärt.

Raum II: Wirtschafts- und Währungskrise nach 1945

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Der Zweite Weltkrieg kostete über 60 Millionen Menschen das Leben. 6 Millionen Jüdinnen und Juden sowie hunderttausende Menschen ethnischer, religiöser oder politischer Minderheiten fielen der systematischen Vernichtung durch die Nationalsozialisten zum Opfer.

Am Ende des Krieges 1945 bot Deutschland ein Bild großflächiger Kriegsschäden. In den großen Städten war mehr als die Hälfte des Wohnraums zerstört, viele Menschen lebten in Trümmern. Durch zerstörte Brücken oder Schienen waren Verkehrswege vielfach blockiert, was die Versorgung erschwerte. Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten viele Deutsche daher als Phase von großer Not und Hunger. Der unmittelbare Grund für diese Schwierigkeiten lag in der totalen Niederlage nach dem selbst begonnenen Krieg und der damit einhergehenden Verwüstung von Land und Gesellschaft. Doch die Ursachen für die Notlage reichten noch weiter zurück.

Zu dem Nachkriegselend hatte indirekt auch die schuldenfinanzierte Aufrüstungs- und Kriegspolitik der NS-Regierung (Kurzform für: nationalsozialistische Regierung) seit Mitte der 1930er-Jahre beigetragen. Charakteristisch für diese Politik war nämlich, dass sie mit massiv steigender Staatsverschuldung finanziert wurde. Das Ziel der NS-Regierung war es jedoch, diese Staatsverschuldung bestmöglich zu verbergen. Auch sollte die damit einhergehende Inflationsgefahr vordergründig mit Preiskontrollen gebannt werden. Der Grund für diese Vertuschungspolitik lag in der Sorge der Bevölkerung. Denn bei den Bürgerinnen und Bürgern war die Erinnerung an den Verlust des Sparvermögens durch die wertlos gewordenen Kriegsanleihen während des Ersten Weltkriegs bzw. durch die Hyperinflation 1923 noch lebendig.

Erst nach Kapitulation und Kriegsende zeigte sich das enorme Ausmaß der Staatsverschuldung. Diese Schuldenlast erschwerte es in der Nachkriegszeit massiv, die Bevölkerung auch nur mit dem Nötigsten zu versorgen. Im sogenannten Hungerwinter zwischen 1946 und 1947 waren Lebensmittel und Rohstoffe so knapp, dass auch die Zwangsbewirtschaftung und Rationierung mittels Bezugskarten keine ausreichende Versorgung gewährleisten konnte. Zudem war das Vertrauen in die Währung geschwunden, während der Schwarzmarkt und der Tauschhandel blühten.

Exponat 1: Die „geräuschlose“ Kriegsfinanzierung

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 begann die NS-Regierung einen systematischen Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Verfolgen und Ausschalten aller politischen Gegnerinnen und Gegner gingen einher mit dem Beginn einer großangelegten militärischen Aufrüstung. Um all das zu finanzieren, musste sich die Regierung massiv verschulden. Doch das sollte geheim bleiben. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen war es Deutschland seit Ende des Ersten Weltkriegs nicht erlaubt, seine Armee aufzurüsten, denn das hätte den Bruch des Versailler Vertrags bedeutet. Zum anderen war es das oberste Ziel der NS-Regierung, die Zustimmung der Bevölkerung zur Kriegspolitik zu sichern. Doch den Bürgerinnen und Bürgern war noch sehr präsent, wie sie nach dem Ersten Weltkrieg ihre Sparvermögen durch wertlos gewordene Kriegsanleihen verloren. Auch war die Erinnerung an die dramatischen Folgen der Hyperinflation 1923 noch sehr wach. Die NS-Regierung war daher besorgt, dass eine offensichtliche Staatsverschuldung die eigene Bevölkerung gegen die Regierung hätte aufbringen können.

Exponat 2: Deutschland 1945: Die Folgen des deutschen Eroberungskriegs

Die Niederlage der deutschen Armee in der Schlacht von Stalingrad (heute: Wolgograd, Russland) im Januar 1943 war der endgültige Wendepunkt im Kriegsverlauf. Mit der gescheiterten Eroberung der strategisch wichtigen Stadt wurde auch der Vormarsch der deutschen Wehrmacht in Osteuropa gestoppt und der militärische Rückzug begann.

Der Raub von Nahrungsmitteln und die Plünderung von Rohstoffen aus den besetzten Gebieten konnte nicht wie bisher aufrechterhalten werden. Dies führte wiederum zu einer Verknappung der Lebensmittelrationen im Deutschen Reich. Die katastrophale wirtschaftliche Lage wurde zunehmend offensichtlicher.

Vor diesem Hintergrund finanzierte das Deutsche Reich die Fortführung des Krieges und die Versorgung der Bevölkerung durch weitere Schulden und das Drucken neuer Geldscheine.

Nach der deutschen Kapitulation am 7. Mai 1945 trat die bislang versteckte Inflation offen zutage. Geld war vorhanden, doch den im Umlauf befindlichen 300 Milliarden Reichsmark standen kaum Waren gegenüber. Es fehlte an Nahrungsmitteln und an Kohle. Die Transportwege waren zusammengebrochen. Vor allem in den Städten war Wohnraum zerstört. In dieser Situation des allgemeinen Mangels war das Geld weitgehend wertlos geworden.

Exponat 3: Verdeckte Inflation und Schwarzmarkt bestimmen den Alltag

Am Ende des Zweiten Weltkriegs hatte sich die im Deutschen Reich im Umlauf befindliche Geldmenge im Vergleich zum Jahr 1938 versiebenfacht. Dies barg das Risiko einer Inflation, die jedoch aufgrund von Preisstopps, Lohnfestsetzungen und Rationierungen nicht direkt sichtbar wurde. Nahrungsmittel waren so knapp, dass die Besatzungsbehörden die Zuteilung weiter über Lebensmittelkarten regelten. Vieles war nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich. Dort tauschte man Waren gegen andere Waren oder gegen Zigaretten. Zigaretten hatten sich als „Ersatzwährung“ etabliert, weil sie von nahezu allen Händlern auf dem Schwarzmarkt angenommen wurden. Die Behörden bemühten sich lange Zeit vergeblich, die Geschäfte auf dem Schwarzmarkt zu unterbinden. Erst mit der Währungsreform im Juni 1948 wurde wieder ein funktionierendes Geldsystem eingeführt.

Exponat 4: Der Hungerwinter 1946/47 und die Wende in der Besatzungspolitik

Nach dem Sieg über Deutschland standen für die vier Siegermächte (Frankreich, Großbritannien, USA, Sowjetunion) zunächst Fragen nach Reparationen und einer Entmilitarisierung im Vordergrund. Der wachsende Bedarf an Hilfslieferungen für die notleidende deutsche Bevölkerung drohte allerdings zu einer dauerhaften Belastung zu werden, falls die Wirtschaftsleistung Deutschlands nicht bald wieder anstieg.

Auf der Potsdamer Konferenz hatten die drei dort vertretenen Siegermächte (Großbritannien, USA, Sowjetunion) Deutschland in vier Besatzungszonen eingeteilt. Die östlichen Gebiete wurden von der Sowjetunion verwaltet. Die westlichen Gebiete wurden zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich aufgeteilt. Entscheidungen über Gesamtdeutschland traf der Alliierte Kontrollrat, in dem alle vier Staaten vertreten waren. Es zeigte sich bald, dass es zwischen den westlichen Besatzungsmächten (USA, Großbritannien, Frankreich) und der Sowjetunion grundlegende Differenzen hinsichtlich der weiteren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland gab. Der Alliierte Kontrollrat konnte sich kaum noch auf gemeinsame Entscheidungen verständigen.

Vor diesem Hintergrund hielt der amerikanische Außenminister James F. Byrnes im September 1946 in Stuttgart eine Rede, in der er eine Neuausrichtung der Besatzungspolitik vorschlug. Die einzelnen Besatzungszonen sollten wirtschaftlich zusammenarbeiten, um einen Wiederaufbau Deutschlands zu ermöglichen. Damit sollte zugleich die wirtschaftliche Erholung in ganz Europa gefördert werden.

Nach dem extrem kalten Hungerwinter 1946/47 verkündete Byrnes' Nachfolger, der US-Außenminister George C. Marshall, im Juni 1947 schließlich ein großangelegtes wirtschaftliches Aufbauprogramm für Europa. Mit umfangreichen Hilfslieferungen und der Gewährung von Krediten sollten Produktion und internationaler Handel wieder in Gang gebracht werden.

Raum III: Währungsreform 1948 in Ost und West

Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion schlossen sich während des Zweiten Weltkriegs zu einer militärischen Allianz – der Anti-Hitler-Koalition – zusammen, um gemeinsam gegen das Deutsche Reich zu kämpfen. Die Truppen der Allianz besiegten letztlich Deutschland. Das NS-Regime musste bedingungslos kapitulieren. Mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8. Mai 1945 war der Zweite Weltkrieg in Europa beendet und Deutschland wurde von den alliierten Siegermächten (USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) besetzt.

Auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 einigten sich drei Siegermächte (die USA, Großbritannien und die Sowjetunion) unter anderem darauf, das Gebiet des ehemaligen Deutschen Reichs in vier Besatzungszonen aufzuteilen. Die vier Zonen sollten von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion durch Militärregierungen verwaltet werden. Übergeordnetes Ziel aller Siegermächte war es, das besiegte Deutschland zu demilitarisieren, zu denazifizieren, zu demokratisieren und zu dezentralisieren. Damit sollte verhindert werden, dass von Deutschland je wieder ein Krieg ausgehen könnte.

Bereits im Lauf des ersten Jahres der Besatzung setzte sich auf US-amerikanischer Seite die Erkenntnis durch, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau in Europa nur mit einem großangelegten Unterstützungsprogramm rasch gelingen konnte. Die Erholung der Volkswirtschaften in Europa lag im Interesse der USA, denn wirtschaftlich gesunde Länder benötigten keine Wirtschaftshilfen mehr. Um die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen, drängten die USA die europäischen Länder zu einer verstärkten Kooperation. Die USA organisierte den Wiederaufbau auf der Grundlage ihres liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsmodells. Sie erkannten auch, dass ein durch Demontagen geschwächtes Deutschland ein Hindernis beim Wiederaufbau in Europa sein würde. Deshalb boten die USA allen europäischen Ländern einschließlich Deutschland die Teilnahme an dem Hilfsprogramm an, das als Marshallplan bezeichnet wird. Um die Hilfen koordiniert einsetzen zu können, bemühten sich die USA darum, die vier Besatzungszonen Deutschlands zu einem möglichst einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenzuschließen. Eine wichtige Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Neubeginn war eine Währungsreform in Deutschland, da die Reichsmark wertlos geworden war.

Die Sowjetunion wehrte sich dagegen, dass ihre Besatzungszone und die in ihrem Einflussbereich stehenden Länder Ostmitteleuropas in die wirtschaftlichen Pläne der USA einbezogen wurden. „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit. Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes System auf“, soll der sowjetische Staatschef Josef Stalin 1945 gesagt haben. Die Sowjetunion hatte mit dem Sozialismus ein anderes Gesellschaftsmodell als der Westen. Unmittelbar nach Kriegsende begann sie damit, die Voraussetzungen zu schaffen, um dieses Modell in den osteuropäischen Staaten und in der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland einzuführen. Auch die Wirtschaft wurde schrittweise auf das sowjetische Modell der Planwirtschaft umgestellt.

Es standen sich somit in Deutschland (und in Europa) zwei Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle gegenüber. Die Einführung unterschiedlicher Währungen im Jahr 1948 in den westlichen Besatzungszonen und in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) besiegelte schließlich die wirtschaftliche Trennung. Der Weg in die Teilung Deutschlands war damit vorgezeichnet.

Exponat 1: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Kurz nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht trafen sich am 17. Juli 1945 die Staats- und Regierungschefs von drei Siegermächten – Harry S. Truman (USA), Josef Stalin (Sowjetunion) und Winston S. Churchill sowie später Clement Attlee (Großbritannien) – zu einer zweiwöchigen Konferenz in Potsdam. In dieser wurde über die Reparationszahlungen entschieden und die gemeinsamen Ziele der Politik für das besiegte und von den Siegermächten besetzte Deutschland festgelegt. Umgesetzt wurden die Beschlüsse der Konferenz vom Alliierten Kontrollrat.

Zu Beginn der Konferenz herrschte in den grundlegenden Zielen der Besatzungspolitik Einigkeit. So stimmten alle drei Siegermächte darin überein, dass Deutschland demilitarisiert, denazifiziert, demokratisiert und dezentralisiert werden sollte. Diese Ziele werden oft als die „Vier D’s“ der Potsdamer Konferenz bezeichnet. Konkret bedeutete das, dass die Wehrmacht und alle militärischen Einrichtungen aufgelöst wurden. Außerdem wurde die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) verboten und das Führerprinzip abgeschafft. Die öffentliche Verwaltung sollte föderal aufgebaut werden. Überzeugte Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten sollten nicht mehr im Staatsdienst arbeiten dürfen.

Viel schwieriger zu lösen war die Frage der Reparationen, die Deutschland leisten sollte. An dieser Frage zeigten sich schon bald die unterschiedlichen Interessen der Siegermächte, die in den folgenden Monaten und Jahren zunehmend in den Vordergrund traten.

Exponat 2: Die Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen

Ab 1947 verschob sich die Zielsetzung der amerikanischen Besatzungspolitik. Anstatt das besetzte Deutschland durch Reparationsleistungen weiter zu schwächen, setzte die US-Regierung zunehmend auf einen schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Sie favorisierte dabei das Konzept der freien Marktwirtschaft. Zudem war eine funktionierende deutsche Wirtschaft für den wirtschaftlichen Aufbau der anderen europäischen Länder unverzichtbar.

Das großangelegte Hilfsprogramm der USA, bekannt als Marshallplan, wurde allen Staaten Europas angeboten. Mit dieser Unterstützung willigten Großbritannien und Frankreich ein, den Wiederaufbau in den Westzonen zu fördern. Die Sowjetunion jedoch untersagte ihrer Besatzungszone und den Staaten in Ostmitteleuropa die Beteiligung am Marshallplan, weil das die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft in diesen Ländern gefährdet hätte.

Unabdingbar für eine wirtschaftliche Erholung in Deutschland war eine Währungsreform, um den aufgelaufenen massiven Geldüberhang der Reichsmark aus der Kriegszeit zu beseitigen. Da auch bei diesem Thema im Alliierten Kontrollrat keine Einigung erzielt werden konnte, führten die Westalliierten am 20. Juni 1948 in den Westzonen die Deutsche Mark als neue Währung ein.

Exponat 3: Die Währungsreform in der Sowjetischen Besatzungszone

Ebenso wie bei den westlichen Besatzungsbehörden war auch aus Sicht der sowjetischen Militärregierung eine Währungsreform in Deutschland notwendig, sie erschien aber nicht vordringlich. Hinzu kam, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Interessen zwischen Ost und West so stark unterschieden, dass man sich nicht auf eine gemeinsame Reform einigen konnte. Auch deshalb beendete die Sowjetunion am 20. März 1948 die Zusammenarbeit im Alliierten Kontrollrat.

Als Reaktion auf die im Juni 1948 stattgefundenen Währungsreform in den Westzonen führte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) auch in ihrer Besatzungszone eine neue Währung ein. Auch diese Währung hieß anfangs Deutsche Mark. Zu Beginn gab es noch keine neuen Geldscheine. Stattdessen wurden Reichs- und Rentenmarkscheine hilfswise mit Kupons beklebt, weshalb die Bevölkerung spöttisch von „Tapetenmark“ sprach. Ab Ende Juli 1948 kamen neue Banknoten in Umlauf.

Exponat 4: Zwei deutsche Staaten entstehen

Die Auseinandersetzungen zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs vertieften sich ab 1946/47 zum Ost-West-Konflikt. Auf der einen Seite standen die USA und die westeuropäischen Staaten mit freiheitlich-demokratischen Regierungssystemen und marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnungen. Auf der anderen Seite standen die Sowjetunion und die von ihr dominierten Staaten Mittelosteuropas mit sozialistischen Ein-Parteien-Diktaturen und staatlich gelenkten Planwirtschaften. Die Spaltung Deutschlands und das Entstehen zweier deutscher Staaten war Teil dieses Systemkonflikts zwischen West und Ost.

Die beiden Währungsreformen in Deutschland verschärften die wirtschaftliche Trennung zwischen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und den westlichen Besatzungszonen. Kaum ein Jahr später folgte dann die politische Spaltung. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik wurden als zwei getrennte Staaten auf deutschem Boden gegründet.

RAUM IV: Aus der Geschichte lernen – die Bundesbank im Eurosystem

Im Jahr 1989 gingen die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu Hunderttausenden auf die Straße. Sie protestierten friedlich gegen die Machthaber der DDR. Die Regierung geriet zunehmend unter Druck. Am 9. November 1989 wurden schließlich die Grenzen in Richtung Westen geöffnet. Danach überschlugen sich die Ereignisse und in kurzer Zeit wurden weitreichende politische und wirtschaftliche Veränderungen beschlossen. Innerhalb weniger Monate einigten sich Politiker aus beiden deutschen Staaten auf eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Zum 1. Juli 1990 wurde die D-Mark auch in der DDR gesetzliches Zahlungsmittel und die Bundesbank auch dort zum Währungshüter. Diese Art der Währungsreform in der DDR unterschied sich deutlich von denjenigen 1923 bzw. 1948. Während es damals galt, die Hyperinflation zu beenden bzw. den Neuanfang nach dem Krieg zu ermöglichen, war die deutsch-deutsche Währungsunion ein Vorgriff auf die deutsche Einheit.

Um die europäische Einigung zu vertiefen, kam es nur wenige Jahre später zu einer weiteren großen Veränderung. Der Euro, die gemeinsame europäische Währung, wurde 1999 zunächst als Buchgeld eingeführt, ab 2002 dann auch als Bargeld. Die Bundesbank hatte bis zur Abschaffung der D-Mark als unabhängige Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip der Preisstabilität verteidigt und sich damit auch international großen Respekt verschafft. Nach ihrem Vorbild wurde das Eurosystem geschaffen, bestehend aus der EZB und den nationalen Zentralbanken der Euro-Länder. Gemeinsam sichern sie die Stabilität der europäischen Währung.

Exponat 1: Die deutsch-deutsche Währungsunion

Bis Ende der 1980er-Jahre waren Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) Teil des Herrschaftsbereichs der Sowjetunion. Das bedeutete, dass die Staaten nicht frei über ihre Politik entscheiden konnten. Im Inneren handelte es sich um autoritäre, kommunistische Ein-Parteien-Regierungen. Wirtschaftlich agierten sie nach dem Modell der sozialistischen Planwirtschaft. Gegenüber den westlichen Staaten verfolgten sie eine Politik der Abgrenzung. Dies galt insbesondere für die DDR, die die Reisefreiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger durch eine scharf bewachte innerdeutsche Grenze stark einschränkte.

Alle sozialistischen Staaten litten seit den 1970er-Jahren unter einem wirtschaftlichen Niedergang und einer zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen. Im Laufe des Jahres 1989 demonstrierten in der DDR immer mehr Menschen gegen die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Die friedlichen Proteste griffen ab Oktober 1989 rasch auf die ganze DDR über. Gleichzeitig flohen immer mehr Menschen aus dem Land. Dies geschah meist über Ungarn, das seine Westgrenzen bereits im Sommer 1989 geöffnet hatte. Die Massenflucht destabilisierte zunehmend die Herrschaft der SED. Um die Lage zu beruhigen, öffnete die DDR-Regierung am 9. November 1989 die Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin. Danach überschlugen sich die politischen Entwicklungen.

Innerhalb kurzer Zeit einigten sich Politiker aus beiden deutschen Staaten auf eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die Bundesbank war dafür verantwortlich, die Menschen der DDR pünktlich zum 1. Juli 1990 mit D-Mark zu versorgen. Das gemeinsame Geld wurde zu einem Symbol der deutschen Einheit, die wenige Monate später, am 3. Oktober, offiziell wurde.

Exponat 2: Von der D-Mark zum Euro

Der Weg zu einer gemeinsamen europäischen Währung dauerte mehrere Jahrzehnte. Erste Vorschläge dazu gab es bereits in den 1970er-Jahren für die Europäische Gemeinschaft (EG), die Vorgängerorganisation der heutigen Europäischen Union (EU). Letztlich ließen sich diese Pläne damals jedoch nicht umsetzen.

Einen neuen Anlauf nahm man Ende der 1980er-Jahre. Im Frühjahr 1989 legte eine Expertenkommission einen ersten Drei-Stufen-Plan für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion vor. Nach langen Verhandlungen wurde am 7. Februar 1992 in Maastricht der Vertrag über die Europäische Union (EU) unterzeichnet, der am 1. November 1993 in Kraft trat. In diesem Vertrag wurde der Drei-Stufen-Plan zur Einführung einer einheitlichen Währung für Europa konkretisiert.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung erfolgte in drei Stufen: Die erste Stufe, die am 1. Juli 1990 begann, hatte das Ziel, die Geld- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten stärker auf die Erfordernisse von Preisstabilität und Haushaltsdisziplin auszurichten.

Zum 1. Januar 1994 begann die zweite Stufe mit der Errichtung des Europäischen Währungsinstituts (EWI). Das EWI – als Vorgängerinstitut der Europäischen Zentralbank (EZB) – bereitete die Einführung der gemeinsamen Währung vor. Im Dezember 1995 legten die Staats- und Regierungschefs der EU den Namen „Euro“ für die gemeinsame Währung fest.

Mit dem Beginn der dritten Stufe am 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse der nationalen Währungen der Teilnehmerländer zum Euro unwiderruflich festgelegt. Das Eurosystem übernahm die geldpolitische Verantwortung für den Euro. Die geldpolitischen Entscheidungen trifft seitdem der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat).

Exponat 3: Die Deutsche Bundesbank und das Eurosystem

Die Deutsche Bundesbank ist die Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland. Als unabhängige Zentralbank hielt die Bundesbank den Wert der D-Mark über Jahrzehnte hinweg außerordentlich stabil. Seit der Einführung der gemeinsamen Währung Euro 1999 ist sie Teil des Eurosystems. So trägt sie dazu bei, die Kaufkraft des Euro zu erhalten.

Exponat 4: Aus der Geschichte gelernt

Geld begegnet uns überall im Leben. Als Tauschmittel, Recheneinheit und zur Wertaufbewahrung kann es aber nur funktionieren, wenn es wertstabil ist und die Menschen dem Geld vertrauen.

Der aufgedruckte Betrag auf einem Geldschein oder das Guthaben auf einem Konto sagen hierbei jedoch nichts darüber aus, ob das Geld viel oder wenig wert ist. Der Wert des Geldes bemisst sich stattdessen allein daran, wie viele Waren und Dienstleistungen man sich für einen bestimmten Geldbetrag kaufen kann. Der Wert des Geldes liegt also in seiner Kaufkraft. Diese hängt wiederum von den Preisen ab. Je stärker die Preise steigen, je höher also die Inflation ist, desto stärker sinkt die Kaufkraft eines gegebenen Geldbetrages.

In der deutschen Währungsgeschichte wurde das Geld zweimal wertlos. Nur durch die Währungsreformen in den Jahren 1923 und 1948 konnte das verlorengegangene Vertrauen in das

Geld wiederhergestellt werden. Wenn dieses Vertrauen dauerhaft gesichert ist, dann gelingt auch eine Währungsumstellung wie bei der Einführung des Euro 1999 reibungslos.

Die Erfahrungen aus der deutschen Währungsgeschichte lehren, dass der Geldwert am besten gesichert wird, wenn eine Zentralbank ausdrücklich die vorrangige Aufgabe hat, Preisstabilität zu gewährleisten. Ergänzend hierzu muss die Zentralbank vor politischer Einflussnahme geschützt werden, also ihre Aufgabe unabhängig erledigen können.

Hohe Inflation und der Verfall des Geldwertes sind nicht bloß Ereignisse der Vergangenheit. Beispiele der letzten Jahre wie in Simbabwe, Venezuela oder der Türkei zeigen, dass es auch heute noch Phasen mit (teils extrem) hoher Inflation geben kann. Die Kaufkraft des Geldes muss also immer aktiv gesichert werden, sie ist keine Selbstverständlichkeit.